

79552-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Entwicklung von branchenspezifischer Software – IT-Verfahren KONSENS

Grundsteuer

OJ S 25/2025 05/02/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Oberfinanzdirektion Karlsruhe - LZfD

E-Mail: Birgit.Koehler@ofd.bwl.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: IT-Verfahren KONSENS Grundsteuer

Beschreibung: Erstellung eines IT-Verfahrens KONSENS-Grundsteuer. Das Land Baden-Württemberg, vertreten durch die Oberfinanzdirektion Baden-Württemberg - Landeszentrum für Datenverarbeitung (LZfD), beabsichtigt einen Auftrag zur SW-Entwicklung KONSENS-Grundsteuer auszuschreiben. Gegenstand der Ausschreibung ist die Erstellung der Software IT-Verfahren KONSENS-Grundsteuer, Pflege und Support der erstellten Software sowie begleitende Dienstleistungen. Das erstellte IT-Verfahren KONSENS-Grundsteuer wird nach Abnahme der Software finanzverwaltungsintern zertifiziert und im Anschluss KONSENS-weit den Bundesländern zur Verfügung gestellt. Der produktive IT-Betrieb von KONSENS-Grundsteuer erfolgt in Rechenzentren der jeweiligen Bundesländer.

Kennung des Verfahrens: a3f6c3cd-104b-4ad9-969c-edcf4412442c

Interne Kennung: 2025-004

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72212100 Entwicklung von branchenspezifischer Software

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72212000 Programmierung von Anwendersoftware

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Karlsruhe

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

Zusätzliche Informationen: Die Dienstleistungen (Schulung, Einführungsunterstützung) sind in den jeweiligen 16 Bundesländern zu leisten.

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXUEYY6YTDNDR16X Die Kommunikation findet ausschließlich über den Projektbereich zu diesem Verfahren über das eingesetzte E-Vergabebtool statt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Korruption: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Betrugsbekämpfung: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Zahlungsunfähigkeit: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Falsche Angaben, verweigerter Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Bei Interessenkonflikt kann ein Ausschluss vom Verfahren erfolgen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Bei Vorbefassung kann ein Ausschluss vom Verfahren erfolgen.

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Bei nachgewiesener mangelhafter Erfüllung eines Auftrags kann ein Ausschluss erfolgen.
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Entrichtung von Steuern: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Auf die Bestätigung des Nichtvorliegens des Ausschlussgrundes über die Anlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung wird ausdrücklich hingewiesen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: IT-Verfahren KONSENS Grundsteuer

Beschreibung: Programmierleistungen für die Erstellung des IT-Verfahrens KONSENS-Grundsteuer, Pflege und Support der erstellten Software für das Land Baden-Württemberg sowie begleitende Dienstleistungen wie Schulungen und Unterstützungsleistungen bei der Einführung in den 16, das IT-Verfahren übernehmende, Bundesländer (Rahmenvereinbarung über Dienstleistungen für 16 Bundesländer). Die Dienstleistungen sind in den jeweiligen 16 Bundesländern zu leisten und werden durch die jeweiligen Bundesländer selbständig abgerufen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Umsetzung des Auftrags zur Erstellung der Software zeitkritisch ist und zu einem bestimmten fixen Zeitpunkt abgeschlossen sein muss. Zeitvorgaben in der Umsetzung der Aufgabe sind strikt einzuhalten.

Interne Kennung: 2025-004

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72212100 Entwicklung von branchenspezifischer Software

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72212000 Programmierung von Anwendersoftware

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Karlsruhe

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

Zusätzliche Informationen: Die Dienstleistungen (Schulung, Einführungsunterstützung) sind in den jeweiligen 16 Bundesländern zu leisten.

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/10/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2030

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Verlängerung von Pflege und Support der fertiggestellten SW/des IT-Verfahrens um 2 x je 2 Jahre

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Noch nicht bekannt

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Innovative Beschaffung

Beschreibung: Das IT-Verfahren ist agil neu zu erstellen.

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Einhaltung Mindestlohngesetze

Gefördertes soziales Ziel: Sonstiges

Innovationsfördernde Auftragsvergabe: Die erbrachten Bauleistungen, Dienstleistungen oder gelieferten Güter beinhalten Produktinnovationen.

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Einzureichende Unterlagen: Nachweis Bank und

Nachweis Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung (mit dem Angebot mittels Dritterklärung vorzulegen): >Vorlage einer Bankbestätigung als Dritterklärung und >Vorlage eines

Nachweises einer bestehenden Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Einzureichende Unterlagen: - C3_Eigenerklärung zur

Eignung (mit dem Angebot vorzulegen): C3_Formblatt Eignung: Als Eigenerklärung des Bieters

/Bewerbers über die Erfüllung der im Dokument A2_Angebotsprüfung_Wertung geforderten

Eignungskriterien. Dieses Dokument ist auch durch den Unterauftragnehmer/im Falle einer

Eignungsleihe vorzulegen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Einzureichende Unterlagen: - Referenzen (mit dem

Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Vorlage und Beschreibung von drei

vergleichbaren Referenzprojekten (d.h. im Bereich Programmierung von SW-Anwendungen),

die auf einem agilen Vorgehen basierten (max. 1,5 Seiten pro Referenz) aus den letzten fünf

Jahren (berechnet ab Datum der Teilnahmeantragsfrist). Die Referenzen müssen in Summe

Erfahrungen in folgenden Bereichen nachweisen: - in vergleichbarem Umfeld (öffentlicher

Dienst, Banken, Versicherungen, öffentliche Unternehmen) - in vergleichbarer Art und - in

vergleichbarer inhaltlicher und finanzieller Größenordnung - sowie mit mindestens folgenden

Angaben: o Kurzbeschreibung des Projektes mit Angaben zur Projektlaufzeit (Datum Beginn

/Datum Ende) o Erster Zeitpunkt der Inbetriebnahme o Anzahl der Updates seit Bereitstellung

o Kurzbeschreibung des technischen Umfeldes des Referenzprojekts o Kurzbeschreibung der dort eingesetzten Technologien o Angabe des Auftraggebers mit Kontaktdaten und o Darstellung, warum das Projekt aus Sicht des Bewerbers vergleichbar ist. - Angaben zu Anzahl der Mitarbeiter (in Deutschland und weltweit) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angaben zu der Anzahl der Mitarbeiter (in Deutschland und weltweit) liegen vor. - Anzahl der Mitarbeiter/Innen mit vergleichbaren Leistungen (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Anzahl der Mitarbeiter/Innen, welche innerhalb des Unternehmens mit vergleichbaren Leistungen befasst sind. - Softwareentwicklung in der EU (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Bestätigung, dass die Softwareentwicklung in der Europäischen Union stattfindet, um datenschutzrechtliche Anforderungen bei Echtdaten-Verwendung und den Schutz kritischer Infrastruktur gewährleisten zu können.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Nichtvorliegen von zwingenden Ausschlussgründen, § 123 Abs. 1-3, Abs. 4 GWB

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Vorlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung)

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Nichtvorliegen von fakultativen Ausschlussgründen, § 124 Abs. 1 Nr. 1-9 GWB

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Vorlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung)

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, § 19 MiLoG

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Vorlage C3_ Eigenerklärung zur Eignung)

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Bankauskunft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorlage einer Bankauskunft als Dritterklärung

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufs- bzw. Betriebshaftpflicht-Versicherungsnachweis

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorlage einer gültigen Berufs- bzw. Betriebshaftpflicht-Versicherungsnachweis mit Deckungsnachweis

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Softwareentwicklung in der Europäischen Union

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bestätigung, dass die Softwareentwicklung in der Europäischen Union stattfindet, um datenschutz-rechtliche Anforderungen bei Echtdaten-Verwendung und den Schutz kritischer Infrastruktur gewährleisten zu können.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Anzahl der Mitarbeiter

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben zu der Anzahl der Mitarbeiter/Innen (in Deutschland und weltweit) liegen vor

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Angaben zu der Anzahl der Mitarbeiter/Innen für vergleichbare Leistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Anzahl der Mitarbeiter/Innen, welche innerhalb des Unternehmens mit vergleichbaren Leistungen befasst sind.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 250,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorlage und Beschreibung von drei vergleichbaren Referenzprojekten (d.h. im Bereich Programmierung von SW-Anwendungen), die auf einem agilen Vorgehen basierten (max. 1,5 Seiten pro Referenz) aus den letzten fünf Jahren (berechnet ab Datum der Teilnahmeantragsfrist). Die Referenzen müssen in Summe Erfahrungen in folgenden Bereichen nachweisen: - in vergleichbarem Umfeld (öffentlicher Dienst, Banken, Versicherungen, öffentliche Unternehmen) - in vergleichbarer Art und - in vergleichbarer inhaltlicher und finanzieller Größenordnung - sowie mit mindestens folgenden Angaben: o Kurzbeschreibung des Projektes mit Angaben zur Projektlaufzeit (Datum Beginn /Datum Ende) o Erster Zeitpunkt der Inbetriebnahme o Anzahl der Updates seit Bereitstellung o Kurzbeschreibung des technischen Umfeldes des Referenzprojekts o Kurzbeschreibung der dort eingesetzten Technologien o Angabe des Auftraggebers mit Kontaktdaten und o Darstellung, warum das Projekt aus Sicht des Bewerbers vergleichbar ist.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 750,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 07/02/2025 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXUEYY6YTDNDR16X/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXUEYY6YTDNDR16X>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 17/03 /2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXUEYY6YTDNDR16X>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 17/02/2025 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 225 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Vergabestelle behält sich unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und des § 56 Abs. 2 und 3 VgV vor, fehlende oder unvollständige Unterlagen bis zum Ablauf einer von der Vergabestelle zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern oder aufzuklären. Die Bewerber/Bieter haben keinen Anspruch auf Nachforderung / Nachreichung oder Aufklärung von Unterlagen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Mit dem Angebot mittels beigefügter Vordrucke

einzureichende Unterlagen: C3a Eigenerklärung RUS-Sanktionen C3b Einwilligungserklärung

Zuverlässigkeitsüberprüfung Fremdpersonal C4 Verpflichtungserklärung Mindestentgelt

C5_Auftragsverarbeitung C8_Scientology-Schutzerklärung

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Etwaige Verfahrensrügen nach § 160 Abs. 3

GWB sind ausdrücklich als solche zu kennzeichnen. Auf die Rügepflichten gemäß § 160 Abs.

3 S. 1 Nrn. 1 bis 4 GWB wird ausdrücklich hingewiesen, insbesondere auf die

Rechtsbehelfsfrist des § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB. Ein Nachprüfungsantrag gem. § 160 Abs.

3 GWB ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der

Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die

aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der

Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem

Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. 3§ 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Oberfinanzdirektion Karlsruhe - LZfD Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Oberfinanzdirektion Karlsruhe - LZfD TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Oberfinanzdirektion Karlsruhe - LZfD
Registrierungsnummer: 08-A6478-19
Postanschrift: Moltkestraße 80
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76133
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabestelle LZfD
E-Mail: Birgit.Koehler@ofd.bwl.de
Telefon: +49 72172152851

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Karlsruhe
Registrierungsnummer: 08-A9866-40
Postanschrift: Durlacher Allee 100
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76137
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
E-Mail: Vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 721926-8730
Fax: +49 721926-3985

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

9706993d-6547-4a19-ae94-dfd4a00a5ae6-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Bewerberfragen Nr. 8 + 11

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: B1_Leistungsbeschreibung wurde aufgrund Bewerberfrage 11 überarbeitet. Es wurde ein Musterpreisblatt abgestellt aufgrund Bewerberfrage Nr. 8. Dieses Preisblatt wurde ausdrücklich mit dem Vorbehalt einer Änderung abgestellt.

Änderung der Auftragsunterlagen am: 03/02/2025

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 7000d735-226e-4633-b035-bcf9063bca84 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 03/02/2025 16:28:28 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 79552-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 25/2025

Datum der Veröffentlichung: 05/02/2025